

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: 25 Pfennig wöchentlich 40 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-
erhalten der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile über deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklamzeile 35 Goldpf
zahlbar innerhalb 8 Tagen. — Für telefonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Nr. 31.

Altensteig, Freitag den 6. Februar.

Jahrgang 1925

Die Loslösung des Hultschiner Ländchens

Von Dr. Weigel-Ratibor

Am 4. Februar d. Js. jährte sich zum fünften Male der Tag, an dem das Hultschiner Ländchen im südlichen Teil des Kreises Ratibor in Oberschlesien nach Artikel 83 des Versailler Friedensvertrages ohne jede Volksabstimmung, trotz des Widerspruchs der gesamten Bevölkerung, von der Tschechoslowakei in Besitz genommen wurde. Diese harte Bestimmung, die das durch den Präsidenten Wilson verkündete Recht der Selbstbestimmung vollkommen außer acht ließ, verurteilte eine außerordentliche Erregung und Empörung bei der gesamten Bevölkerung. Ohne jede amtliche Beeinflussung fanden unmittelbar aus dem Volk heraus Protestkundgebungen allergrößten Umfangs statt. Da bis zum Inkrafttreten des Versailler Vertrages das Hultschiner Ländchen mit dem übrigen Oberschlesien historisch und wirtschaftlich auf das engste verknüpft war, hätte man aus Gründen der Gerechtigkeit auch der Hultschiner Bevölkerung das Recht der Volksabstimmung geben müssen, zumal die Bevölkerung weder in völliger noch in sprachlicher Beziehung, noch in ihren Gefühlen zum tschechoslowakischen Staate hinstrebte. Der Kreisrat Ratibor richtete mehrere Eingaben an den Obersten Rat. Fürst Riknowsky hat den englischen Minister Balfour telegraphisch, sich ganz entschieden für die Gewährung eines Plebiszits einzusetzen. Der Verfasser führte viele Deputationen nach Weimar, Berlin, Prag und Paris und begründete ständig die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes. Die Hultschiner Frauen wandten sich mit einer Eingabe an den Papst mit der Bitte um Fürsprache. Bei der von der Bevölkerung selbst vorgenommenen Volksabstimmung entschieden sich 93,7 Prozent für das Verbleiben beim Deutschen Reiche. Ständig haben die Hultschiner Rechtsverweigerung gegen das begangene Unrecht eingeleitet und die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes erhoben. Nach der Abtrennung hätte man erwarten dürfen, daß die Tschechoslowakei nach Artikel 83 des Friedensvertrages den zwischen den Ententehauptmächten und der Tschechoslowakei geschlossenen Minoritätenvertrag vom 10. 9. 1919 zur Anwendung bringen und das okkupierte Gebiet nach den Grundsätzen der Freiheit und Gerechtigkeit verwalten werde. Mehr als 3 1/2 Jahre hat die Tschechoslowakei der Bevölkerung alle staatsbürgerlichen Rechte vorenthalten und auch heute ist der politische Ausnahmezustand noch nicht aufgehoben. Schon nach wenigen Wochen der Besetzung brachten die Tschechen durch ihr willkürliches Vorgehen die ganze Bevölkerung in große Erregung. Die Versammlungsfreiheit wurde aufgehoben. Die deutschen Zeitungen aus Ratibor wurden verboten. Entgegen dem Wunsch der Eltern und trotz vieler Abordnungen der Gemeinden, die den tschechischen Landespräsidenten in Troppau bat, die deutschen Schulen in dem bisherigen Umfang bestehen zu lassen und die deutschen Lehrer beizubehalten, wurde der tschechische Unterricht überall mit Gewalt eingeführt. Sämtliche deutschen Schulen mit zwei Ausnahmen wurden geschlossen. Spontan ausgebrochene Schulkonflikte waren die natürliche Folge. Ohne Befragung der Bevölkerung wurden sämtliche Gemeindevorstellungen aufgelöst und Verwaltungskommissionen eingesetzt. Neben den Eingriffen in die kommunale Selbstverwaltung ist die überstürzte Einführung der gesamten tschechoslowakischen Gesetzgebung auf dem Gebiete des Zivil- und Strafrechts eine ungeheuerliche Rechtsunsicherheit und Verwirrung. Kein Wunder, daß das gesamte wirtschaftliche Leben zum Stillstand kam und eine Zeitlang vollständig darniederlag. Die Steuerschraube wurde in empfindlicher Weise angezogen. Die Eintragung von Zwangshypotheken war keine Seltenheit. Auch heute noch zahlen die Bauern nur Steuervorschüsse, die in ganz willkürlicher Weise festgesetzt sind. Das gesamte Wirtschaftsleben wurde politisiert. Wer sich nur in der geringsten Weise für die Erhaltung der deutschen Kulturgüter einsetzte, erlitt wirtschaftlich schweren Schaden. Die Einbringung von Steuerrefusen wurde den Landwirten nach Befestigung der deutschen Amtssprache fast unmöglich gemacht. Auch die Bodenreform wurde in dem Dienst der Tschechisierungsbestrebungen gestellt. In geradezu auffällender Weise verschlechterte sich die Lage der Arbeiterklasse. Die bisherige tschechische Verwaltungspraxis geht dahin, jede geistige Regung der Hultschiner zu unterdrücken und die Tschechisierung ohne Rücksicht auf Wirtschaft und Kultur durchzuführen. Die Parlamentswahlen sind immer noch nicht durchgeführt. Die

Privatschulen ist verboten. Der deutsche Privatunterricht wird unterdrückt. Die Minderheitenrechte haben nach tschechischer Auffassung keine Geltung für das Hultschiner Ländchen. Trotz aller wirtschaftlichen und kulturellen Unterdrückung haben in den 5 Jahren die Hultschiner den unbeeuglichen Willen der Selbstbehauptung an den Tag gelegt. Mitte Februar 1921 hat sich bei der Volkszählung die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zur deutschen Nationalität bekannt. Die von den Tschechen gewaltsam vorgenommene Aenderung bezüglich der Volkszugehörigkeit kann an dieser Tatsache nichts ändern. Unvergeßlich aber ist in der Geschichte des Hultschiner Volkes der 16. September 1923, an dem in allen großen Gemeinden die deutschen Parteien bei den Gemeindevahlen als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgingen. Auch bei den Nachwahlen, die auf Grund des tschechischen Einspruchs stattfinden mußten, wurde ein deutscher Sieg errungen. Die Hultschiner glauben unerschütterlich an den Sieg der Grundsätze der Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung. Selbst der einsichtige Mann ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es sich gerade in der Hultschiner Frage um eine außerordentliche Verletzung aller Rechtsgrundsätze handelt. Der Völkerverbund ist bereits mehrmals auf die durch die Tschechoslowakei begangene Verletzung der Minderheitenrechte aufmerksam gemacht worden. Bei der jetzigen Zusammenkunft des Völkerverbundes ist leider auf eine Aenderung der Unterdrückungspolitik nicht zu hoffen. Die Hultschiner aber glauben unbeeuglich und hoffnungslos an den Tag der gerechten Revision, der ihnen die Selbstbestimmung und damit die Freiheit in wirtschaftlicher und nationaler Beziehung bringen wird.

Die Barmat-Untersuchung

Berlin, 5. Febr. In der heutigen Sitzung des preussischen Unterausschusses für die Barmat-Affäre wurde die Vernehmung des Zeugen Heilmann weitergeführt. Der Abg. Stoll fragt, ob Heilmann bekannt sei, daß der Abg. Welts im Jahre 1924 Barmat von Berlin als Ruier an den damaligen Premierminister MacDonald geschickt hat, um Barmat auf diese Weise in englischen Kreisen einzuführen. Darauf erklärte Abg. Heilmann: Wels hat Barmat mit einem Privatbrief versehen im Jahre 1924 zu MacDonald geschickt. Weiter ging Barmat mit einem inoffiziellen Auftrag des Reichspostministeriums nach London, um mit der damaligen englischen Regierung über eine Aenderung des Postabrechnungsverfahrens zu verhandeln. Diese Verhandlungen waren von Erfolg gekrönt. Natürlich hat Barmat als Kaufmann dabei auch stets seine geschäftlichen Ziele im Auge gehabt. So hat er damals zu erreichen versucht, daß als eine der Abrechnungsstellen für den deutsch-englischen Postverkehr auch die Barmatische Merkurbank zugelassen wurde. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Barmat unmittelbar mit dem Reichspostministerium in Beziehung getreten sei, erwidert Heilmann, Barmat habe dauernd in persönlichem Verkehr mit dem Reichspostminister gestanden und offenbar persönlich von Dr. Höfle den Auftrag gehabt, zu verhandeln. Heilmann bemerkt über die Verbindung Königs mit Barmat, daß Königs eines Abends Barmat aufgesucht habe, nach dem Hotel Adlon zu kommen, um mit Krassin wegen Anknüpfung von Geschäftsverbindungen mit Rußland zu sprechen. Auf Heilmanns Anraten habe Barmat abgelehnt. Abg. Deersberg stellt an Heilmann die Frage, ob irgendwelche finanziellen Beziehungen zwischen Barmat und der sozialdemokratischen Partei bestanden haben. Abg. Heilmann erwidert darauf, daß Barmat niemals der Partei oder Genossen irgendwelche Summen zur Verfügung gestellt habe, ohne sich vorher mit ihm, Heilmann, ins Benehmen zu setzen. Heilmann gibt zu, daß die 15 000 M., die an das Köpenicker Blatt gegeben wurden, von Barmat stammen. Weiter habe Barmat anlässlich der Dezemberwahl 1924 auf seine Veranlassung hin, da es angeht der vorangehenden Wahlen um die Parteikasse nicht zum besten bestellt sei, die Summe von 20 000 M. zur Verfügung gestellt. Abgeben von diesen großen Beträgen habe Barmat nur hin und wieder kleinere Beträge gegeben, die aber nur in die Hunderte von Mark gingen. Heilmann schätzt die gesamten Aufwendungen, die Barmat in einem Zeitraum von sechs Jahren an die Partei machte, auf etwa 50 000 Mark. Die Frage des Abg. Deersberg, nach Finanzbeziehungen Barmats zu dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold verneint Heilmann aufs bestimmteste. Ueber die Geschäftsbeziehungen zwischen Barmat mit Reichszentraler a. D. Bauer ist Heilmann nichts bekannt. Er gibt aber zu, daß Reichszentraler a. D. Bauer mit Barmat

häufig auch über Geschäfte gesprochen habe. Abg. Heilmann erklärt auf weitere Fragen, Barmat habe 1919 mit zwei Kaufleuten in Leipzig und Elberfeld Prozesse gehabt. Der Leipziger Firma hat Barmat mit Bezugnahme auf „seine guten Beziehungen zum Reichspräsidenten und zum Reichswirtschaftsminister“ Einfuhrgenehmigungen versprochen, dann aber keine verschafft. Sozialdemokratische Organisationen und Gewerkschaften seien niemals an irgendwelchen Geschäften beteiligt gewesen, außer dem Leipziger Konsumverein Leipzig-Plagwitz. Nur von der Gewerkschaftsbank habe Barmat einen Kredit von 300 000 Mark erhalten, der aber bald gekündigt und zurückgezahlt worden sei. Abg. Schwering (Jr.) wünscht die Ladung des Herrn von Richter als Zeugen, der als preussischer Finanzminister Chef der Staatsbank war. Für seinen persönlichen Nutzen habe Heilmann von Barmat außer etwa 200 Stück wertbeständigen Gaskonten im Werte von etwa 300 M. nichts erhalten.

Die Vernehmung des Ministerialdirektors Franzl wird begonnen. Er erklärt, daß er die Gebrüder Barmat niemals gesehen habe. Das Landespolizeiamt habe damals sehr viel mit Aus- und Einfuhrschiebungen zu tun gehabt. Die betreffende Dienststelle habe dem Landespolizeiamt mit seiner Anzeige den Artikel einer Berliner Zeitung mit der Ueberschrift „Ein bolschewistischer Schlingling der Reichsregierung als Millionenerdiener“ überhandt. In dem Artikel wird mitgeteilt, daß Barmat in großem Ausmaß Einfuhrbewilligungen erhalten hat, während sie anders verweigert wurden. Diese Anzeige sei die Unterlage zu einem Verfahren beim Landespolizeiamt geworden. Sie sei dem Zeugen und auch seinem Vertreter wie auch dem Sachbearbeiter nicht vorgelegt worden, sondern geschäftsmäßig wie eine Bagatelle und zwar an den Kriminalkommissar Klinghammer weitergegeben worden, der daraufhin die Hausdurchsuchung bei Barmat vorgenommen hat. Bei dem vorgefundenen Material haben sich keine weiteren Anhaltspunkte für weitere polizeiliche Ermittlungen ergeben. Als er später zur Auffrischung seines Gedächtnisses einen Einblick in die Akten nehmen wollte, waren sie verschwunden, fanden sich aber später bei dem in Frage stehenden Amtsgericht wieder ein.

Forderungen der Länder zum Finanz- ausgleich

Berlin, 5. Febr. In der Finanzministerkonferenz wurde nach der Rede des Reichsfinanzministers v. Schlieffen seitens der Finanzminister der Länder eine Entschließung der Länder bekanntgegeben:

1. Der bisherige Steuerausgleich ist einseitig zu Gunsten des Reiches und zu Ungunsten der Länder und Gemeinden ausgeschlagen. Die Länder sind übereinstimmend grundförmlich der Auffassung, daß ein endgültiger Finanzausgleich grundsätzlich nur dann möglich ist, wenn ihnen die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer mit Einschluß der Steuer von Kapitalerträgen nach Maßgabe eines Reichstahmengesetzes voll zurückgegeben wird. Die endgültige Regelung des Finanzausgleichs soll zu einem möglichst frühen Zeitpunkt, wenn irgend angängig mit Wirkung vom 1. April 1926 ab erfolgen. Solange das Reich die Steuern verwaltet, erhält es eine Verwaltungskostenentschädigung von 4 v. H. des Aufkommens. Die Regelung der Aufwertung und der Abgaben zum Ausgleich der Geldentwertung vom bebauten und unbebauten Grundbesitz muß vor dem endgültigen Finanzausgleich und mit Rücksicht auf diesen stattfinden.
 2. Für die Uebergangszeit bis zur Rückgabe beider Steuern an die Länder bleibt nur übrig, ein zentrales Verteilungssystem, bei der Einkommen- und bei der Körperschaftsteuer beizubehalten. Der Anteil des Reiches an der Einkommensteuer und an der Körperschaftsteuer ermäßigt sich vom 1. April 1925 ab auf 4 v. H.
 3. Weiterhin müssen die Länder für sich und ihre Gemeinden zur teilweisen Deckung der Fehlbeträge in ihren Haushalten vom 1. April 1925 ab eine Erhöhung ihres Anteiles an der Umsatzsteuer über 20 v. H. hinaus fordern.
 4. Mit Rücksicht auf die Forderung der völligen Rückübertragung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer beschränkt sich das Reich für das Rechnungsjahr 1925 auf eine Uebergangsregelung dieser beiden Steuern.
 5. Soweit die Länder an dem Ertrag der Reichssteuer beteiligt sind, muß gewährleistet werden, daß der Ertrag über die Aenderung der Steuergesetze nicht ohne Zustimmung des Reiches erfolgen darf.
- Der Reichsfinanzminister erklärte, daß er an eine Rückgabe der Einkommen- und der Körperschaftsteuer an die Länder in absehbarer Zeit nicht denken kann.

Neues vom Tage

Braun lehnt ab

Berlin, 5. Febr. Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: Ministerpräsident Braun (Soz.) hat heute nachmittag 12.30 Uhr dem Präsidenten des preussischen Landtags folgendes Schreiben zugehen lassen: Auf Ihre Mitteilung vom 30. vor. Mts. über meine Wahl zum Ministerpräsidenten teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich die Wahl nicht annehme.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hatte in einer Sitzung zu den beiden Fragen Stellung genommen, die Braun bezüglich einer Beteiligung oder einer neutralen Haltung der Fraktion gegenüber einem Kabinett gestellt hatte. Dr. v. Kumpfe hatte als Fraktionsvorsitzender die beiden Fragen bereits verneint. Die Fraktion trat seiner Stellungnahme bei, indem sie einmütig und ohne Debatte die beiden Fragen ablehnte.

Aufwertungsauswurf des Reichstages

Berlin, 5. Febr. Im Aufwertungsauswurf des Reichstages erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, das die Regierung in spätestens drei Wochen einen Gesetzentwurf dem Reichsrat vorlegen werde, der die endgültige Lösung der Aufwertungsfrage bringen solle. Gleichzeitig würden auch die Mitglieder des Aufwertungsauswurfes den Gesetzentwurf zur Kenntnis erhalten. Nach längerer Debatte wurde der deutsch-nationale Antrag, die auf Grund des § 48 der Reichsverfassung zur Aufwertung erlassene Verordnung des Reichspräsidenten aufzuheben, abgelehnt. Dafür stimmten nur die Demokraten und Sozialdemokraten.

Die Gehälter der Dameskommissare

Paris, 5. Febr. Der „Matin“ veröffentlicht einen Artikel, in dem darüber Klage geführt wird, daß die Ersparnisse, die die Reparationskommission sich aufzwang, von den Organisationen des Damesplanes wiederum verschlungen würden. Vom September 1925 an würde die Reparationskommission für sich selbst bloß 3 800 000 Goldmark im Jahr verbrauchen, während sie vorher 7 500 000 Goldmark „benötigt“ hatte. Aber die Ersparnisse, die in der Zukunft erzielt würden, gingen für die verschiedenen Herren auf, die in Berlin angestellt seien. Pariser Gilbert erhalte 350 000 Franken für das Jahr, der Kommissar für die Emissionsbank, der Holländer Brujns, 418 000 Franken, der Engländer Mc. Fadegan, der Kommissar für Steuern und Monopole, erhalte 352 000 Franken und der Kommissar für die Eisenbahnen, der Franzose Lereve, 440 000 Franken. Dazu komme noch die Bezahlung der Mitglieder des Transfertkomitees.

Die Industriebelastung

Berlin, 5. Febr. Auf gemeinsame Einladung des Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministeriums hatten sich zahlreiche Vertreter der wirtschaftlichen Verbände zu einer Besprechung über die im Gange befindliche Durchführung der Industriebelastung nach dem Londoner Abkommen eingefunden. Es wurde unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Popitz eine Anzahl Fragen besprochen, die zu Streitigkeiten und zum Teil auch zu einer gewissen Beunruhigung Anlaß gegeben hatten. Dabei wurde auf die große Bedeutung hingewiesen, die der glatten Durchführung der Industriebelastung und der fristgemäßen Uebergabe der Obligationen beigemessen ist.

Auswärtiger Ausschuh des Reichstages

Berlin, 4. Febr. Der auswärtige Ausschuh des Reichstages trat heute vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Hergt (Deutschnat.) zu einer Sitzung zusammen, um 1. Zollpolitik (im Rahmen der Außenpolitik) und 2. die Pariser Finanzministerkonferenz zu behandeln. Die Sitzung war außerordentlich stark besucht. Vom Reichskabinett waren der Außenminister Dr. Stresemann mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Dr. v. Schubert, Reichswirtschaftsminister Neuhaus und Reichsernährungsminister Graf v. Kanitz anwesend. Die Verhandlungen wurden mit einer eingehenden

Ingeborg.

Roman von Fr. Lehne.

Uebersetzung durch Stuttgarter Romanzentrale
C. Kiermann, Stuttgart.

„Nun möchte ich Sie ein wenig über meine Gäste orientieren! Sehen Sie dort den Herrn, der sich eben am Büf-fel gütlich tut? Das ist Horstendek, unser Heldenbarion, der Holländer, Botan, Don Juan — und die reizende blonde Dame neben ihm, um die sich einige Kameraden von Ihnen bemühen, ist meine Frau. Sie staunen? — Ja, Sie werden mehr Theaterleute bei mir antreffen! Dort, der Herr mit dem dunklen Vollbart und dem Kneifer ist der Verfasser von „Och Eörenten“. Er spricht eben mit Doktor Mühl, dem bekannten Chirurgen, dem ich selbst viel verdanke, oder alles, wenn eben das Leben alles ist! Sehen Sie, und das sind in den Augen Ihrer Mutter keine erst-klassigen Leute! Und mir ist der Verkehr mit denen Bedürfnis! Sie glauben nicht, welche Fülle von Anregungen von ihnen ausgeht! Natürlich sichte ich sehr sorgfältig; zweifelhafte Elemente haben keinen Zutritt!“

Mit Interesse und Veranlassen gleichzeitig lauschte Steined den Ausführungen der geistvollen Frau, deren jugendliche Frische und Elastizität er bewunderte; trotz ihrer achtundvierzig Jahre! Ihr Haar war vollständig weiß, die Gesichtsfarbe frisch und gesund und die Augen sehr schön und klar, von einem leuchtenden Dunkelbraun. Die Bewegungen ihrer etwas vollen Gestalt waren rasch und schäft und die Sprechweise klar und bestimmt.

Dieterich Steined blickte sich um; er fand die Erwartete nicht, und nach ihr zu fragen, wagte er doch nicht, trotz der Andeutung von vornhin. Er war etwas enttäuscht, fühlte aber sehr wohl in den gastlichen Räumen. Beunruhig-

Vorlegung des Außenministers Dr. Stresemann erst. Nachdem Reichsaußenminister Dr. Stresemann in vertraulicher Rede über die außenpolitischen Gesichtspunkte gesprochen hatte, die bei den abgeschlossenen bzw. jetzt noch schwebenden Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien, England, Desterreich, Schweden, Frankreich, Italien, Belgien, Japan, Rußland und Polen maßgebend waren, ging Reichswirtschaftsminister Neuhaus in längeren Ausführungen auf die wirtschaftlichen Hintergründe dieser Verhandlungen ein und teilte dem Ausschuh dabei seine grundsätzliche Einstellung in der Handelspolitik mit.

Englische Kriegsschuldennote an Frankreich

London, 5. Febr. Das Kabinett stimmte dem Entwurf der Antwortnote auf das Memorandum Clementels über die Kriegsschuldfrage zu. Die Abfassung des endgültigen Wortlauts der Note wird durch die zuständigen Minister Baldwin, Chamberlain und Churchill erfolgen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 5. Febr.

In der Donnerstag-Sitzung des Reichstages wurde zunächst von dem Abg. Dr. Wunderlich (D.V.) ein auch von den anderen bürgerlichen Parteien unterzeichneter Antrag auf Aussetzung des gerichtlichen Verfahrens in Aufwertungs-fällen begründet. Hierauf kritisierte Abg. Keil (Soz.) die Haltung der Rechtsparteien in der Aufwertungsfrage. Vor den Wahlen hätten die Deutschnationalen versprochen, wenn sie in die Regierung kämen, werde ihre erste Tat ein Aufwertungs-gesetz sein. Nun kämen sie mit einem völlig unzulänglichen Entwurf. In der heutigen Ausschuh-sitzung hätten sich die Sozialdemokraten energisch für den deutsch-nationalen Aufwertungsantrag eingesetzt, während die Deutschnationalen sich der Durchführung ihres eigenen Antrages mit aller Kraft widersetzt hätten.

Abg. Hampel (Wirtsch.Pg.) erhobte von dem vorliegenden Gesetzentwurf eine beruhigende Wirkung auf die kleinen Gläubiger und Sparer.

Abg. Richter (Dem.) hielt den Zeitpunkt für eine endgültige Lösung des Aufwertungsproblems noch nicht für gekommen.

Reichsjustizminister Frenken gab namens der Regierung die Erklärung ab, daß die Reichsregierung binnen drei Wochen einen neuen Gesetzentwurf in der Aufwertungsfrage den gesetzgebenden Stellen zuleiten werde.

Abg. Schetter (Ztr.) wandte sich gegen die von den Sozialdemokraten beantragte Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember 1924, stimmte aber dem demokratischen Antrag der Umwandlung der Kannvorschrift in eine Maßvorschrift zu.

Abg. Seiffert (Nat.Soz.) betonte, die Freunde der Aufwertungs-bewegung hätten an einer schnellen Annahme des vorliegenden Gesetzwurfes das größte Interesse.

Abg. Steiniger (Dml.) begrüßte es mit Freude und Genugtuung, daß die Sozialdemokraten seinen Aufwertungsantrag möglichst schnell durchbringen und sogar noch den Bescheidenen Gesetzwurf annehmen wollen. Die Deutschnationalen wollten in der Aufwertungsfrage die Regierung immer unter höchst möglichem Druck halten. Dem demokratischen Antrag stimmten sie gerne zu, müßten jedoch den sozialdemokratischen ablehnen.

Abg. Höllein (Komm.) bezeichnete die Politik der bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten in der Aufwertungsfrage als Demagogie.

In der zweiten Beratung stellen die Sozialdemokraten den vor längerer Zeit von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember 1924, durch den die 3. Steuernotverordnung für rechtsgültig erklärt wurde, zur namentlichen Abstimmung. Der Aufhebungsantrag wurde mit 235:144 Stimmen abgelehnt. Der Gesetzwurf wurde mit der von den Demokraten beantragten Umwandlung der Kannvorschrift in eine Maßvorschrift angenommen. Der Gesetzwurf soll bis zum 30. April des Jahres gelten.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 4. Febr. Am Mittwoch nachmittag wurden nachträglich die Kap. 32 (Zentralfeste für die Landwirtschaft) und 33 (Landesgefüt) gemäß den Ausschuhentwürfen angenommen. Kap. 34 (Landesgewerbeamt) zeitigte eine längere Aussprache, in der von mehreren Rednern u. a. für folgende Forderungen plädiert wurde: Gewährung von Kredit zu erträglichem Zinsfuß für das notleidende Gewerbe, steuerliche Entlastung, Erhaltung des staatlichen Preis- und Schieds-amts, Maßnahmen gegen den Hausierhandel, größeres Entgegenkommen in der Frage der Sonntagsruhe, Schutz der Heimarbeiterinnen, Förderung des Baugewerbes, Erhaltung der Fachschule für Feinmechanik in Schwemningen und Unterstützung des Technikums für Textilindustrie in Reutlingen. Von Abgeordneten der Linken wurde betont, daß zur Förderung des Handwerks auch die Förderung der Arbeiterschaft gehöre, daß der größte Feind des Handwerks die Industrie sei und daß das Lehrlingswesen bei den Handwerkern jeder Beschreibung spote. Staatspräsident Bazille wies eine Kritik des Abg. Maurhe (Dem.) als unberechtigt zurück und der Abg. Essas (Dem.) erklärte, daß sich seine Partei die zwar parlamentarisch übliche, aber persönlich äußerst verletzende Behandlung durch die Minister nicht länger mehr werde bieten lassen. Kap. 34a (Eiswesen) wurde angenommen. Dann tagte man schließlich wieder bei leerem Haus in die Nacht hinein.

Der Landtag nahm am Donnerstag einstimmig den Gesetzwurf über die Bürgerpflicht des württ. Staates für Darlehen der preussischen Zentralgenossenschafts-kasse an die Zentralfeste württ. Genossenschaften in Ulm und des württ. Sparfassen-Giroverband in Stuttgart in Höhe von 10 Millionen Reichsmark zur Weitergabe an den gewerblichen Mittelstand, namentlich an das Handwerk an. Staatsrat Kau teilte mit, daß der Zinsfuß etwa 14 Proz betragen werde. Eine längere Aussprache gab es dann u. a. über die Einberufung der Einberufung zu den Kapiteln 36 (Landesamt für Arbeitsvermittlung) und Kapitel 39 (Erwerbslosenfürsorge). Abg. Dr. Schumacher (Soz.) bekämpfte die Regierung, weil sie sich mit der Reichsgesamtheit nicht befreunden wolle. Staatsrat Kau wies indessen nach, daß im Reich auf 1000 Einwohner am 15. Januar 1925, in Württemberg indessen nur 1,6 Erwerbslose kamen und daß bei der Reichsgesamtheit die württembergischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur höhere Beiträge zum Ausgleich der Lasten anderer Länder zahlen müßten. Der Abg. Rath (D.V.) wandte sich dagegen, daß die Unterstützung von der Bedürftigkeit abhängig gemacht werde. Abg. Gengler (Ztr.) legte sich für die Wiedereinführung einer Kurzarbeiterunterstützung ein, während der Abg. Dingler (D.V.) den Standpunkt vertrat, daß diese Kurzarbeiterunterstützung nicht eingeführt werden könne, solange sie im Reich nicht bestehe. Auch beim Kap. 37 (Oberversicherungsamt) gab es eine größere Debatte und zwar über das Krankenversicherungswesen. Berichterstatter Pfäfer gab die Arzthonorare mit 35—40 Prozent der Krankenkassenausgaben gegenüber 15—20 Prozent vor dem Kriege an und berechnete das Durchschnittseinkommen der Krankenkassenärzte im 2. und 3. Vierteljahr 1924 auf monatlich 623 bzw. 565 M. Die Zahl der Kasernenärzte gab er mit 1150 an, während nur 700 benötigt werden. Abg. Dr. Hölscher (D.V.) vertrat demgegenüber den Standpunkt der Ärzte, wies auf den Ueberfluß an Ärzten hin und berechnete ihr monatliches Durchschnittseinkommen im 2. Quartal 1924 auf 470 M., das niedrigste Einkommen auf 107 M., wovon noch 30 Prozent Betriebskosten abgehen. Frau U. P. Planck (Dem.) wünschte eine Erhöhung der Renten aus der Angestelltenversicherung, der Abg. Hermann (Ztr.) betonte, die Krankenkassen dürften keine Arztvergütungen erhalten werden, der Abg. Schumacher behauptete, die Antipathie gegen das Kasernenwesen sei eine Antipathie gegen die Arbeiterschaft. Nachmittags begann man mit dem Kultetat.

Fortsetzung folgt.

berte er mit der liebenswürdigen Frau, indem er sich gelobte, nachzuholen, was er bisher aus Nachlässigkeit veräußert, gerade, um zu zeigen, daß er nicht auch zu den rückständigen, vorurteilsvollen Leute gehörte, denen er seine Mutter zuschreiben mußte.

„Vebhaft sah sie Frau von Franzius ihn jetzt an der Hand. „Ach, lieber Dieb, ich darf doch so sagen, da ich Sie schon als Knaben gekannt. Jetzt kommt ein besonderer Dieb von mir; da müssen Sie mich schon einen Augenblick entschuldigen.“

Sie war aufgestanden und ging einer Dame entgegen, die sie herzlich auf beide Wangen küßte und diese Dame war keine andere als Ingeborg Roland-Elguth!

Mit Ruhe konnte er sie beobachten, und wieder war er betroffen von der Wandlung, die das so bescheidene Mädchen durchgemacht.

Mit der Gewandtheit und Sicherheit der Dame von Welt bewegte sie sich und nahm die Größe und Huldigungen der sie umdrängenden Herrenwelt entgegen. Ihr Lächeln verklärte ihr ernstes Gesicht wunderbar und verlieh ihr etwas Hinreichendes. Ein taubenblaues Lächeln mit weichem Spitzeneinsatz und Kermeln umschloß ihre volle Gestalt. Das reiche, dunkle Haar trug sie schlicht geschüttelt und im Nacken zu einem dicken Knoten geschlungen. Diese einfache Frisur sah wunderbar zu dem reinen, edlen Gesicht, zu der Harmonie ihrer Erscheinung.

Er sah jetzt, wie Frau von Franzius die junge Künstlerin nach seinem Platz hin dirigierte; anscheinend wollte sie eine Vorstellung vermitteln.

„Lieber Steined, darf ich Sie mit einem sehr lieben Gast von mir bekannt machen? — Mit unserem Fräulein Roland, wie ich wohl mit Stolz sagen kann, die dazu bestimmt ist, unsere halbesten, schönsten Dichtergestalten zu verkörpern“, sagte Frau von Franzius.

Unwillkürlich nahm sein Gesicht einen kühlen Ausdruck an, als er sah, wie Ingeborg ihn fragend bei der Vorstellung anblickte. Dann aber hatte sie in dem Bruchteil einer Sekunde begriffen. Dieterich von Steined wollte nicht an seine frühere Bekanntschaft mit ihr erinnert sein! Das strahlende Lächeln um ihren Mund erlösch, und gemessen neigte sie den Kopf.

Sie sprachen nur einige wenige gleichgültige Worte miteinander; dann wurde Ingeborg auch von anderer Seite in Anspruch genommen.

Bald darauf verabschiedete sich Dieterich mit dem Versprechen, wiederkommen.

„Das sollte mich nur freuen, lieber Dieb, Sie sind mir jederzeit willkommen, nicht nur an meinem Jour.“

Auf dem Heimweg dachte er über seine Begegnung mit Ingeborg Elguth nach, die er doch geliebt! Er ärgerte sich über sich selbst; aber es war, als habe ihm innerlich etwas einen Ruck gegeben, sich so ablehnend zu verhalten; doch er konnte den Schlag nicht vergessen, und fast unbewußt fuhr er mit der Hand über sein Gesicht; das war un-auslöschlich!

Aber doch brannte das Begehren in ihm, mehr von ihr zu wissen; wie es ihr gelungen war, ihr Ziel zu erreichen. Das alles hoffte er von Frau von Franzius zu erfahren, die ja eine Vorliebe für die junge Künstlerin besaß. So bald es ihm angängig erschien, suchte er die Baronin wieder auf, die sehr erfreut über sein Kommen war.

„Grüß Sie Gott, lieber Dieb! Das ist nett, daß Sie sich auf mich alte Frau besonnen haben.“

„Alte Frau? — Sie scherzen! Doch wer so jung ist wie Sie, darf wohl noch ein wenig mit seinem Alter kokettieren.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Wahl zum Landes- Kirchentag im Bezirk Calw

setzt eine Mehrheit von Kandidaten voraus, soll sie nicht für den Wähler eine Art Zwang oder gar ein Urding sein. Um diesem deutlich gefühlten Bedürfnis nachzukommen und auch aus Billigkeit gegenüber einer großen Zahl nicht besondersartig eingestellter Wähler aller Richtungen, die sich bis weit hinein in die Wählerschaft der kirchlich-rechtsstehenden Kreise erstrecken, war es notwendig, durch eine weitere Kandidatur die Möglichkeit für alle Wähler zu schaffen, tatsächlich ihrer Pflicht gegenüber der Kirche genügen zu können. Darum ist — neben Herrn Blauf —

Herr Missionar Renz

wohnhaft in Pfundorf O. N. Nagold, gebeten worden, als Kandidat aufzutreten. Er hat den Ruf angenommen und stellt seine Person gerne zur Verfügung.

Herr Missionar Renz, der im ganzen Lande Beziehungen zum kirchlichen Leben hat, auch in unserem Bezirk kein Unbekannter ist, besitzt eine frische, klare und bestimmte Art des Auftretens und ist den Anforderungen, die an einen Abgeordneten der Landeskirchenversammlung gestellt werden können, geistig vollausgewachsen.

Auf Grund seiner evangelistischen Arbeit für das unmittelbare Interesse unserer heimatischen Kirche kennt Herr Missionar Renz genau deren besondere Bedürfnisse. Er sieht auch deutlich die Gefahren, die ihr von so mancher Seite her drohen, nicht zuletzt die Gefahr selbsterhaltender Abplitterung (vgl. Bibelforscher) und ähnlich gerichteter Bestrebungen gegen die Landeskirche, die da und dort sich zeigen.

Er kann gerade auch in diesem Punkt die Belange der Kirche ungehemmt und mit voller Ueberzeugung vertreten, ohne mit sich selbst oder mit einer hinter ihm stehenden Gefolgschaft in Konflikt zu kommen.

Das Ziel seiner Arbeit, die keiner eigenen Anhängerschaft oder Korporation gilt, sondern einzig und allein unserer Landeskirche gewidmet ist, geht auf Zusammenschluß aller unserer Kirche wahrhaft liebhabenden Kräfte und Kreise.

Alle Wähler, die unserer Kirche in diesem Sinne eine bewußte und kraftvolle Vertretung wünschen, mögen am Wahltag mit freudigem Herzen ihre Stimmen für den Kandidaten Renz abgeben.

Im Namen des Wahlausschusses:

Der Vorsitzende: Amtsgerichtsrat Hölder.

Freie Schreiner-Innung Nagold. Generalversammlung.

Am Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 2 Uhr im Traubensaal in Nagold.

Tagesordnung:

- Jahresbericht.
- Kassenbericht.
- Möbelausstellung.
- Verschiedenes.

Wozu die Innungs-Mitglieder höflichst eingeladen werden. Der Ausschuß.



Kriegerverein Altensteig.

Am Sonntag den 8. Febr., nachm. 3 Uhr findet im Gasthaus z. Engel unsere ordentliche

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Jahres- und Rechenschaftsbericht.
2. Wahlen.
3. Verschiedenes.
4. Ausbändigung der Ehrenschilde an die Kameraden mit 25 jähriger Mitgliedschaft.
5. Besprechung wegen Vereinigung der Schützengilde mit dem Kriegerverein.

Das Kameradschafts- und Vereins-Interesse, sowie die wichtige Tagesordnung bedingt möglichst vollständiges Erscheinen der Kameraden. Der Ausschuß.

Altensteig.

Am Samstag, den 7. Februar

Metzelsuppe

bei gutem Stoff, wozu höflichst einladet



Schnierle, 3 Könige.

Altensteig-Dorf.

Grundstücks- Versteigerung.

In der Nachlasssache des früheren Gemeindepflegers Georg Friedrich Kalmbach von Altensteig-Dorf und seiner Ehefrau Eva Marie geb. Kähler kommen die hienach genannten Grundstücke, nämlich

Markung Altensteig-Dorf:

Geb. Nr. 1 5a 33 qm Wohnhaus mit Scheuer, Holz- u. Streuschopf, Backofen, Schweinestall u. Hofraum, oben im Dorf; Gras-, Baum- u. Gemüsegarten das.

Parz. Nr. 8. 5. 49. 13. 2. 01. 15/1. 18. 65. 147. 30. 31. 146. 70. 87. 1. 146. 50. 2 181. 63. 86. 1. 12. 8. 48. 190. 33. 18. 14. 1. 29.

am Dienstag, den 10. Febr., vorm. 9 Uhr, Samstag, den 14. Febr., vorm. 9 Uhr und am Samstag, den 14. Febr., nachm. 2 Uhr letztmals je auf dem Rathhause in Altensteig-Dorf zur öffentlichen Versteigerung.

Den 4. Februar 1925.

Grundbuchamt.

Stimmzettel

für die Kirchengemeinderatswahlen

werden schnellstens angefertigt von der

W. Kieker'schen Buchdruckerei.

Haar-

wasser, Kämm-,
Bürsten, Kopf-
waschpulver

Gesichts-

creme, Seifen etc.

Körper-

pflegemittel
aller Art

Schwarzalldrogerie

Frig Schlumberger

Altensteig

gegenüber dem „Gr. Baum“

12. Februar 1925 Haus der Deutschtums- Geld-Lotterie

5000 Geldgewinne Mark
150000
56000
20000
10000

Loose zu Mark 3 —
3 Loose 14 Mk., 10 Loose 24 Mk.
Partie und Liste 35 Pfg. mehr.
J. Schwabekart, Stuttgart
Marktstr. 6 und Körstr. 1
Postfachnummer 2055
sowie alle Verkaufsstellen.

Collas Zahnmoh

stillt Dr. Bullens dent.
Zahntropfen.

Gebr. Lanz, Drogerie, Altensteig

Löwenlichtspiele

Sonntag 2.15, 4.30 u. 8.15.
Mit Büchse u. Lasso

5. Teil
Durch Not und Tod
durch die Wüste
in 6 Akten, sowie

Seepiraten

5. Teil:
Um Leben und Tod
in 6 Akten.
Haupt-Rolle Eddi Polo.

Altensteig.
Circa 30 Str. gutes

Ackerhen

sowie einen eichenen

Aussteuertisch

mit Tischbaumplatte und
einen kleineren

Fisch

beide noch neu, hat zu ver-
kaufen. Wer? sagt die Ge-
schäftsst. ds. Bl.

Egenhausen.

Rappferd

sehr gut im Zug, verkauft
ev. mit Geschirre
Fr. Gänle, z. Dshen.

Grümbach.

Einen neuen zweirädrigen

Handarren

verkauft
L. u. u. u. u.



Schwarzwald-Verein Bez.-Verein Altensteig

Am kommenden Sonntag, den
8. Februar, von abends 7 Uhr
ab, findet im Saal des Gasthofs
zur Traube ein

geselliger Abend

statt, wozu die Mitglieder mit ihren Angehörigen
freundlich eingeladen sind.

Der Ausschuß.



Kriegerverein Bergorte (Nichelberg)

hält am Sonntag, den 8. Febr.,
abends von 7/7 Uhr ab im
Saal der „Sonne“ eine

Feier

verbunden mit theatr. Aufführungen

wozu jedermann freundlichst eingeladen wird.

Der Ausschuß.

Berneck.

Morgen

Samstag und Sonntag

Metzelsuppe

mit feinem Stoff

wozu freundlichst einladet

Rühle, zum Waldhorn.

Wildberg.

Von kommenden Montag, den 9. ds. Mts., habe
ich in meiner Stallung in Wildberg einen großen Transport



hochtrachtige Kalbinnen

junge, hochtrachtige

Kühe,

sowie junge Milchkühe

stehen und lade Liebhaber ein

Hermann Hopfer.

Böfingen.

Kommenden Sonntag



Metzelsuppe

wozu freundlichst einladet

Schneider, z. Rappen.

Altensteig.

Einen

Rappwallachen

mittleren Alters, 1,75 groß, verkauft
entbehrlichkeitshalber

Dieterle z. „Stern“.

